

Globalisierung der Märkte und gewerkschaftliche Interessenvertretung

Klaus Zwickel, geb. 1939 in Heilbronn, Ausbildung als Werkzeugmacher, ist seit 1986 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall. Seit 1993 ist er deren Vorsitzender,

Wenn ein interessierter Mensch sich informieren möchte und in der neuesten Ausgabe des Duden-Fremdwörterbuchs nach dem Begriff „Globalisierung“ sucht, hat er Pech. Der Duden läßt ihn zwischen „global“, „Globalstrahlung“ und „Globetrotter“ allein. Diese auffallende Lücke des Fremdwörterbuchs zeigt mehr als deutlich, in welchem schnellem Zeitraum sich die Welt verändert hat.

Zum ersten Mal in der Weltgeschichte sind alle Kontinente und Länder in einem engen Netzwerk von Produktion und Handel, von Information und Kommunikation eingebunden. Die Globalisierung ist der gängige Begriff für diese Entwicklung. Möglich wurde sie erst durch einen trotz beängstigend vieler regionaler Kriege seit nunmehr 50 Jahren andauernden Weltfrieden. So zerbrechlich dieser Weltfrieden zeitweilig auch schien, spätestens mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und den zumindest wirtschaftspolitischen Änderungen in China haben sich jenseits der Blockkonfrontation die Ansätze zu einer durchgreifenden Globalisierung der Wirtschaft durchgesetzt.

Neue Rahmenbedingungen - Chancen und Risiken

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind die Gewerkschaften mit neuen Herausforderungen konfrontiert: mit der Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Zunahme der ökologischen Zerstörung, verfestigter Massenarbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Spaltung, den Umbrüchen in Produktion und Arbeit sowie der Individualisierung und Differenzierung in

Lebensstilen und Wertorientierungen der Menschen. Die Gewerkschaften stehen mit ihrem Schutz- und Gestaltungsanspruch in Arbeitswelt und Gesellschaft vor neuen Aufgaben. Die IG Metall muß sich den veränderten Realitäten in Wirtschaft und Politik, Gesellschaft und Unternehmen stellen. Dies gilt insbesondere für den weltwirtschaftlichen Umbruch. Er führt überall zu verschärfter ökonomischer Konkurrenz in und zwischen allen Regionen. Der stürmische Fortschritt der informationellen Vernetzung sowie die permanente Verfügbarkeit von Informationen beschleunigen diesen Prozeß. Die Gefährdung der sozialen Existenzgrundlagen durch Arbeitslosigkeit und Armut schreitet ebenso fort wie die Zerstörung der Umwelt durch den Produktions- und Lebensstil der „fortgeschrittenen“ Industriegesellschaften des Nordens. Unverkennbar ist jedoch auch, daß die globale Integration, das Zusammenwachsen Europas und die deutsche Einigung zugleich erweiterte Chancen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des sozialen Ausgleichs, der politischen Gestaltung und ökologischen Erneuerung eröffnen.

Neokonservative und neoliberale Politik, große Teile der Arbeitgeber sowie der Industrie- und Wirtschaftsverbände wollen die Globalisierung der Wirtschaft und die Verschärfung des Wettbewerbs für die Senkung von Arbeits-, Sozial- und Umweltkosten, für die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mißbrauchen. Diese Kräfte sehen in der Deregulierung der industriellen Beziehungen und in der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche den einzigen Weg, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Sie nehmen die damit verbundene Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung sowie die weitere Beeinträchtigung der ökologischen Situation als wirtschaftlich notwendig hin. Die aktuellen Vorschläge und Vorstöße der Arbeitgeber, Wirtschafts- und Industrieverbände geben davon Zeugnis. Dagegen setzt die IG Metall darauf, die Nutzung der Chancen des wirtschaftlichen und politischen Wandels zu nutzen sowie die soziale und individuelle Entfaltung besser zu fördern. Dies ist möglich, wenn das Wachstum durch sozialökologische Regulierung gelenkt sowie nachhaltig und erneuerbar gestaltet wird, wenn die Verschärfung der ökonomischen Konkurrenz durch die Erweiterung der gesellschaftlichen und politischen Kooperation begrenzt wird, wenn der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit der Erweiterung von gesellschaftlicher Reformfähigkeit verbunden wird, wenn die Effektivierung der Arbeitsprozesse mit der Demokratisierung des Arbeitsalltages einhergeht und wenn Individualität und Solidarität nicht als Gegensatz verstanden, sondern im Gleichklang verwirklicht werden.

Es ist nicht nur die Aufgabe der Gewerkschaften, es ist die Aufgabe der ganzen Gesellschaft, den Weg des Marktradikalismus und der Deregulierung zu verhindern. Denn er führt zu einer weltweiten Verschlechterung der Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen, die zuletzt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den inneren und äußeren Frieden und die politische Demokratie gefährdet und zerstört. Im Rahmen dieser Konkurrenz zur

Unterbietung von „Kosten“ werden Handelsblöcke, Nationen, Regionen, Branchen, Betriebe und Standorte, werden Belegschaften und Belegschaftsgruppen gegeneinander ausgespielt. Der Wettbewerb geht bis hin zum Arbeitsplatz, an dem durch Kostensenkung und Leistungssteigerung Wettbewerbsvorteile erzielt werden sollen. In letzter Konsequenz konkurriert der einzelne Arbeitsplatzbesitzer als „Unternehmer seiner Arbeitskraft“ gegen den anderen Arbeitsplatzbesitzer. Der Absenkungskonkurrenz zwischen Standorten, Unternehmen, Betrieben, Abteilungen und einzelnen Arbeitnehmern ist Tür und Tor geöffnet. Der in diesem Sinne durch Kostenunterbietung erzielte Wettbewerbsvorteil ist schnell verspielt - wenn die Konkurrenz im Kostensenkungswettkampf bei Arbeits-, Sozial- und Umweltkosten gleichzieht und wiederum unterbietet. Ein globaler Absenkungswettkampf kennt nur kurzfristige Sieger, langfristig wird es fast nur Verlierer geben.

Durch Deregulierung und Marktradikalismus wird das profitorientierte einzelwirtschaftliche Interesse zum zentralen Gestaltungsprinzip ausgebaut und verfestigt. Der gesellschaftliche Bedarf wird dem einzelwirtschaftlichen Gewinn untergeordnet. Marktradikalismus führt zur gesellschaftlichen Radikalisierung. Gesellschaftsspaltung wird in Kauf genommen. Ökologische Zerstörung erscheint als notwendige Begleiterscheinung wirtschaftlichen Wachstums. Die humanen und sozialen Interessen, die gesellschaftlichen und ökologischen Belange der Menschen werden dem Profitprinzip geopfert.

Daraus ergibt sich:

- Marktradikalismus und Deregulierung zerstören die Chance auf eine sozial gesicherte und ökologisch verträgliche Zukunft.
- Der Angriff auf Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte als Antwort auf veränderte Wettbewerbsbedingungen im globalen Maßstab verschärfen die gesellschaftliche Polarisierung, soziale Ungerechtigkeit und weltweite Armut.
- Die Absenkung von Lohnkosten und Sozialleistungen als Antwort auf die Globalisierung führt in eine weltweite Abwärtsspirale der Arbeits- und Lebensbedingungen.
- Eine ausschließlich an quantitativen Erfolgen orientiertes Wirtschaftswachstum führt in die ökologische Katastrophe und zerstört damit die Lebensgrundlagen auf dieser Erde.

Gerade Deutschland ist von den tiefgreifenden Veränderungen in besonderer Weise betroffen. Mittel- und Osteuropa drängt bei fortschreitenden Reformen intensiver in die internationale Arbeitsteilung. Die Schwellenländer werden weltweit wettbewerbsfähiger mit neuen Produkten und neuer Produktionsqualität. Dies gilt vor allem für die dynamischen Industrieländer in Ost- und Südostasien. Die hochindustrialisierten Regionen der Triade konkurrieren mit Innovations- und Technologievorteilen. Besonders für Mittel- und Osteuropa, aber auch für die Schwellenländer sind geringe Löhne, niedrige oder gar keine Sozialabgaben sowie fehlende oder unzureichende Umweltnormen zu Instrumenten der Auseinandersetzung im globalen Wettbewerb geworden.

Güter, Kapital und Informationen sind international mobiler geworden, und Veränderungen in Kostenunterschieden wirken sich schneller und intensiver bei uns aus. Unser Land, das aus der internationalen Arbeitsteilung und einem freien Kapitalverkehr einen großen Teil seines Wohlstandes bezogen hat, muß sich diesen neuen Bedingungen stellen. Auch wenn hier in erster Linie die Unternehmer gefordert sind, ergeben die strukturellen Verschiebungen auch für die Gewerkschaften neue Aufgaben und Herausforderungen. In einer Politik der Abschottung Zuflucht zu suchen und Wirtschaftszweige auf Dauer zu stützen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, würde auf lange Frist Reallohneinkommen und Beschäftigung nicht sichern können.

Schon Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre war ein neuer Schub in der Internationalisierung der Wirtschaftsaktivitäten vor allem multinationaler Unternehmen zu erkennen. In den letzten Jahren hat sich die Tendenz zur Globalisierung aber nicht einfach nur beschleunigt, sie hat vielmehr eine neue Qualität angenommen. Es waren sowohl politische als auch ökonomische und technologische Triebfedern, die die weltwirtschaftlichen Strukturen entscheidend veränderten:

- Die Deregulierung war ein politisches Konzept, das zunächst von den neoliberalen und konservativen Reagan- und Thatcher-Regierungen in die Praxis umgesetzt, aber bald auch von anderen nationalen Regierungen und der Europäischen Union aufgegriffen wurde. Wir dürfen die Augen nicht verschließen: auch in Deutschland ist der Neoliberalismus mit seinen Dogmen des Marktradikalismus und der Deregulierung auf dem Vormarsch.
- Insbesondere die Globalisierung der Finanzmärkte ist zu einem in diesem Ausmaß neuen Phänomen der Weltwirtschaft geworden. Die internationale Devisenspekulation zwingt nationale Regierungen und ihre Währungen in die Knie. Verschiebungen der Währungsrelation verändern schlagartig die relative Wettbewerbsposition. Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch Aufwertung einer Währung (z. B. der DM) kann niemals durch Senkung von Arbeits-, Sozial- oder Umweltkosten wettgemacht werden. Die DM beispielsweise ist seit etlichen Jahren immer wieder aufgewertet worden - dies hat zu einer erheblichen Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit und zu Arbeitsplatzverlusten beigetragen.
- Schließlich hat die politisch gewollte Vertiefung der westeuropäischen ökonomischen Integration durch die Gründung des europäischen Binnenmarktes zu neuen Wettbewerbsverhältnissen innerhalb der Europäischen Union, aber auch zu einer anderen Konstellation des Wettbewerbs zwischen dem nordamerikanischen, japanisch-asiatischen und europäischen Einflußbereich geführt.
- Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre hat schließlich der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Implosion der kommunistischen Diktaturen vor allem in Europa eine völlig neue Situation geschaffen.

Es gibt gegenwärtig eher eine multipolare als eine global integrierte Weltökonomie. Man kann es auch so sagen: Die Globalisierung nimmt die Form der Regionalisierung der Weltwirtschaft an. Das trifft zusammen mit den in den achtziger Jahren von den multinationalen Unternehmen neu entwickelten Produktions- und Organisationskonzepten.

Supranationale Politik gegen Sozial- und Ökodumping

Gewerkschaften können den neuen wettbewerbspolitischen Herausforderungen nicht ausweichen, die sich aus den Umbrüchen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und aus dem Zusammenbruch der kommunistischen Gesellschaften, aus der Internationalisierung der Produktionsstrukturen und aus der Globalisierung der Finanzbeziehungen ergeben. Aus ihnen werden die Drohungen einer politökonomischen Restaurationsstrategie hergeleitet, die den Abbau von sozialen Schutzrechten und die Rücknahme von ökologischen Gestaltungskonzepten ins Zentrum rückt.

Das Leitbild des traditionellen Verdrängungswettbewerbs ist aus unserer Sicht perspektivlos. Dessen Verfechter setzen im Kampf um vorhandene Märkte auf Senkung der Arbeitskosten und Verlängerung der Arbeitszeiten, auf geringere Unternehmenssteuern und niedrigere Sozialleistungen, auf Sozial- und Umweltdumping. Im Verlauf der Absenkungsspirale verlieren alle -jeder quantitative Wettbewerbsvorteil ist zeitlich eng begrenzt und führt in eine qualitative Verschlechterung. Die Gewerkschaften setzen demgegenüber auf ein Leitbild des innovativen Entwicklungswettbewerbs. Dessen Fürsprecher wollen die Erschließung neuer Märkte durch technische und gesellschaftliche Neuerungen, durch Prozeß- und Produktinnovation, durch sozialen Aufbau und ökologischen Umbau - und zwar nicht nur in der Bundesrepublik.

Für die Umsetzung eines neuen wettbewerbspolitischen Leitbildes gibt es eine unabdingbare Voraussetzung. Das ist eine verstärkte politische Zusammenarbeit als Antwort auf die verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz. Dafür gibt es eine institutionelle Basis wie den Weltwährungsfonds und die Weltbank, die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und die neue Welthandelsorganisation (WTO), aber auch regionale politische Strukturen, vor allem innerhalb der Europäischen Union.

Die verstärkte politische Kooperation muß ansetzen bei der Begrenzung der währungspolitischen Konflikte, bei der Erweiterung der handelspolitischen Kooperation und bei der Erneuerung der gesellschaftlichen Zusammenarbeit über nationale politische Schranken und regionale Wirtschaftsböcke hinaus. Bei der Begrenzung der währungspolitischen Konflikte geht es vor allem darum, den Einfluß der Devisenspekulation auf die Wechselkurse zu verringern. Die Erweiterung der handelspolitischen Kooperation muß über den Abbau von Handelshemmnissen hinausgehen. Sie verlangt zusätzliche multilaterale Gestaltungskriterien jenseits abstrakter Freihandelsdogmen und konkreter Protektionismuspraktiken. Kriterien für eine gemein-

same Außenhandelspolitik der EU, insbesondere im Verhältnis zu Nordamerika und Japan, muß auf der Basis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit organisiert werden. Vor allem geht es hier darum, eine sinnvolle und praktikable Antidumpingregelung zu finden. Ein weiteres Kriterium wären Gegenseitigkeitsregeln mit dem Ziel von gleichen Bedingungen auf allen Exportmärkten und local content Auflagen für Direktinvestitionen mit dem Ziel, Beschäftigungs- und Regionalentwicklung zu stabilisieren.

Der Austausch zwischen den hochentwickelten Industrieländern und den unterentwickelten Peripherien muß auf der Grundlage des Solidaritäts- und Gerechtigkeitsprinzips stattfinden. Einerseits sind Vorleistungen der Industrieländer notwendig. Sie müssen den ökonomisch schwächeren Drittländern die Teilhabe an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ermöglichen und erleichtern. Es darf kein Zweifel sein: Im Interesse eines langfristigen Entwicklungsschubs müssen Arbeitsplätze auch und gerade in diesen Drittländern entstehen. Investitionsstandorte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden - sie müssen Elemente einer koordinierten Entwicklungsstrategie sein. Auf der anderen Seite sind Gegenleistungen der Empfängerländer gleichfalls notwendig. Die Liberalisierung des Welthandels und die Neuordnung der Weltwirtschaft, die schrittweise Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten in eine demokratische und soziale Neuordnung Europas, die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft muß gebunden werden an die Einhaltung von elementaren Menschen- und Arbeitnehmerrechten, an die Vereinbarung von sozialen und ökologischen Mindeststandards, an die Einbeziehung von Sozial- und Umweltklauseln in alle internationalen Handelsvereinbarungen.

Für die Gestaltung von Umweltklauseln gibt es mehrere Ansatzpunkte:

- Kurzfristige Mindestmaßnahmen können hier Importverbote bzw. wirksame Kennzeichnungspflichten für Güter darstellen, die z. B. gesundheitsschädliche Stoffe enthalten.
- Mittel- und langfristig muß gegen Umweltdumping mit international koordinierten und harmonisierten Umweltbestimmungen vorgegangen werden. Hier ist die Europäische Union besonders gefordert.
- Dazu gehört auch die Verpflichtung von Unternehmen der aufholenden Industrieländer auf die Einhaltung nationaler Umweltschutzvorschriften und von multinationalen Unternehmen auf die Bindung an Umweltstandards ihrer Heimatländer.

Wirtschaftswachstum und freier Handel sind zweifelsohne wichtige Voraussetzungen für eine offene Wirtschaft. Dies ist aber keineswegs hinreichend, um einen fairen internationalen Handelsaustausch und eine gerechte Verteilung der Vorteile des Welthandels sicherzustellen. Bisher jedenfalls hat die Liberalisierung des Welthandels die Ungleichheiten in der Weltwirtschaft nicht verringern können. In vielen Teilen der Welt sind Ausbeutung und Unterdrückung zentraler Menschenrechte in der Arbeitswelt nach wie vor an der Tagesordnung: ca. 200 Mio. Kinder arbeiten weltweit als billige Arbeits-

kräfte, Millionen Menschen werden als Zwangsarbeiter ausgebeutet, Gewerkschaftsrechte werden vielerorts mit Füßen getreten, etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, wenigstens 700 bis 800 Mio. Menschen sind weltweit arbeitslos, Frauen, ethnische Minderheiten und politisch Andersdenkende werden in ihren Menschenrechten zum Teil eklatant verletzt. Zudem haben mehrere Entwicklungsländer sogenannte Ausfuhr-Freihandelszonen eingerichtet, in denen selbst das nationale Arbeits- und Sozialrecht ausgehebelt wird. Pakistan und China sind dafür Beispiele.

Die Forderung nach Sozialklauseln soll keineswegs mit einer sprunghaften Angleichung aller sozialen Kosten einhergehen. Dies würde zwangsläufig die Entwicklungsländer überfordern; es kommt aber entscheidend darauf an, daß der Wettbewerb in einem Rahmen erfolgt, der grundlegende Menschenrechte der Arbeitswelt einschließt, ein Rahmen, von dem erwartet werden kann, daß er von allen Ländern respektiert wird. Bezugspunkt sollten dabei keineswegs alle völkerrechtlichen Sozialnormen sein, sondern lediglich einige zentrale Menschenrechtsnormen der IAO. Hierzu müssen insbesondere die IAO-Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit (Übereinkommen 87) und zum Recht auf Kollektiwahlungen (Übereinkommen 98) sowie zum Schutz der Arbeitnehmervertreter im Betrieb (Übereinkommen 135), zum Verbot der Zwangsarbeit (Übereinkommen 105), zum Verbot der Kinderarbeit (Übereinkommen 138) sowie zum Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Übereinkommen 111) und zur Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (Übereinkommen 100) einbezogen werden. Diese grundlegenden Normen sind von den meisten Staaten ratifiziert und beanspruchen zu Recht weltweite Gültigkeit.

Bereits die Einhaltung dieser wenigen internationalen Normen im Welthandelssystem würde eine neue Perspektive eröffnen, ohne daß ein freier Handel beeinträchtigt wäre. Die Beschlüsse und die Aufforderungen des Weltsozialgipfels, dies weltweit in politisches Handeln umzusetzen, verdienen nachhaltige Unterstützung. Die IG Metall fordert die Regierungen der Europäischen Union auf, mit überprüfbaren und gezielten Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen, zur Bekämpfung von Armut und zur sozialen Gliederung beispielhaft voranzugehen.

Der Weltsozialgipfel hat die gleichrangige Notwendigkeit von Ökoklauseln in der Welthandelsordnung erneut eindringlich gefordert. Die IG Metall unterstützt die Bemühungen der EU, bedeutender Regierungen und vieler Nichtregierungsorganisationen um Öko- und Sozialklauseln in der Welthandelsordnung, damit die GATT-Vereinbarungen weltweit auch die ökologische und soziale Entwicklung fördern. Für die Umsetzung von Sozialklauseln hat der DGB darüber hinaus einen abgestuften Verfahrens Vorschlag erarbeitet und mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) abgestimmt.

Die IG Metall hat schon vor Jahren formuliert, daß nicht jede Investition im Inland getätigt werden kann. Dies gilt auch für die Arbeitsplätze. Speziell bezogen auf die veränderte Situation in Mittel- und Osteuropa haben wir ein großes Interesse, daß in diesen Ländern eine lebensfähige und eigenständige Binnenwirtschaft entsteht. Das muß vor allem durch den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur und modernen Industrie erfolgen. Sofern sich Direktinvestitionen einfügen in ein solches Konzept des Aufbaus ökonomischer, sozial lebensfähiger und demokratischer Strukturen, haben sie über das einzelwirtschaftliche Profitinteresse hinaus einen gesamtwirtschaftlichen Sinn. Das ist allerdings nicht immer so gewesen. Zum Beispiel wird die Herstellung standardisierter, geringe Qualifikationsanforderungen benötigender Produkte und Produktteile in grenznahe Standorte verlagert. Die Endprodukte sind nicht für den jeweiligen nationalen Markt, sondern für den bloßen Rückexport gedacht. Positive Impulse für den Aufbau einer zukunftsträchtigen heimischen Industrie werden nicht gegeben. Die Unternehmen nutzen lediglich die niedrigen Lohnkosten aus, umgehen mit brutaler Rücksichtslosigkeit Umweltauflagen und kümmern sich in vielen Fällen auch nicht um Arbeitsschutzvorschriften. In solchen Fällen sprechen die Gewerkschaften zu Recht von einer „Hinterhof-Ökonomie“.

Es versteht sich fast von selbst, daß die IG Metall das Konzept des Aufbaus eines arbeitsteilig sinnvoll integrierten Gesamteuropas favorisiert. Das bedeutet, daß wir sowohl zu den dafür nötigen Wirtschaftshilfen der Europäischen Union, zu den Investitionsströmen, aber auch zur Öffnung der Märkte „Ja“ sagen. Ich spreche dies so deutlich aus - auch im Bewußtsein, daß hier jede Menge Konfliktstoff hegt. Denn angesichts hoher Arbeitslosigkeit in Westeuropa hat die Förderung der Wirtschaftskraft dieser Länder und die Öffnung der Märkte für viele Menschen etwas Bedrohliches. Aber unser Konzept unterscheidet sich prinzipiell von den Vorstellungen marktradikaler Ideologen:

- Wir fordern eine langfristig angelegte Strukturpolitik für jene Regionen und Branchen, die sowohl durch partielle Standortverlagerungen als auch wegen der Marktöffnung unter Druck geraten. Das sind aus unserer Sicht keine Erhaltungssubventionen, sondern Innovation ist hier das Stichwort für Anpassungshilfen.
- Zum anderen verlangen wir, daß alle beteiligten Länder sich an international vereinbarte Regeln halten. Das bedeutet u.a. auch, daß Preisdumping als Strategie ausgeschlossen ist und auch geahndet werden muß.
- Eine langfristig lebensfähige und gesellschaftlich sinnvolle Produktion ist nur bei Erhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards möglich. Die Durchsetzung dieser Standards setzt aber eine Wirtschaftshilfe voraus, die es Ländern mit großen wirtschaftlichen und systembedingten Transformationsproblemen möglich macht, rasch die Voraussetzungen für eine sozial und ökologisch verträgliche Produktion zu schaffen.
- Nicht zuletzt unterstützt die IG Metall in den mittel- und osteuropäischen Ländern den Aufbau von Gewerkschaften, um dazu beizutragen, daß sich

dort rasch ein soziales Modell industrieller Arbeitsbeziehungen durchsetzen kann.

- Und vor allem setzen wir uns in unserem eigenen Land für die Durchsetzung beispielhafter sozialer und ökologischer Standards ein. Wir wollen in sozialen und ökologischen Fragen, aber auch und gerade in qualitativer ökonomischer Dimension Zeichen setzen und Vorbild sein. Wirtschaftliche Stärke bedeutet auch die Verpflichtung zu einer sozialen und ökologischen Pionierrolle.

Es kommt nach unserer Meinung darauf an, daß der Prozeß der Globalisierung nicht vorrangig als Gefahr erlitten, sondern mit dem Willen zur politisch-sozialen Gestaltung verknüpft wird. Mit der Durchsetzung unserer Pionierrolle verknüpfen wir gewerkschaftliche und politische Initiativen, durch abgestimmte Normen und Regeln andere an die bei uns erreichten Standards heranzuführen. Politische Regelungen und multilateral anerkannte Institutionen sind notwendig, um nicht den Prozeß der Weltmarktintegration den kurzfristigen und kurzsichtigen Interessen jener zu überlassen, die nur an hohen Gewinnen interessiert sind, sondern ihn vielmehr nach sozialen und ökologischen Kriterien zu gestalten.

Es ist unübersehbar, daß im Zuge der Globalisierung der Finanzmärkte, der Deregulierung der Geld- und Warenmärkte und der Vernetzung von Produktionsstandorten die rein nationale politische Kontrolle über das wirtschaftliche Geschehen erheblich eingeschränkt ist. Aber nicht nur die Regierungen und deren Wirtschafts- und Geldpolitik, auch die nur auf der nationalen Ebene agierenden Gewerkschaften werden auf Grund der strukturellen Veränderung der Weltwirtschaft in ihrer politischen Gestaltungskraft zunächst nicht gestärkt. Vordringlich sind deshalb:

- eine engere Kooperation und koordinierte Maßnahmen zwischen den nationalen Regierungen, um durch Wirtschafts-, Geld- und Sozialpolitik den Wildwuchs der ökonomischen Entwicklung zurückzuschneiden;
- der konsequente Einsatz der eigenen Kraft, um auch über die nationalen Grenzen hinaus zu akzeptablen sozialen Standards zu kommen. Nach wie vor ist z. B. der europäische Einigungsprozeß hauptsächlich von ökonomischen Interessen geprägt und weist erhebliche soziale und demokratische Defizite auf. Um stärkeren Druck auf Regierung und Unternehmen ausüben zu können, müssen die europäischen Gewerkschaften ihre Kooperation auf eine effektivere Grundlage stellen;
- internationaler Handel und transnationale Produktion müssen nach klar definierten Kriterien und unter der Regie anerkannter und handlungsfähiger internationaler Institutionen geregelt werden. Weder nationale Abschottung und Protektionismus, noch der entfesselte darwinistische Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb, sondern vielmehr auf multilateraler Ebene gestaltete und koordinierte Weltwirtschaftsbeziehungen sind zu fördern.

Die Gewerkschaften müssen sich an diesem Prozeß der Rückgewinnung politischer Gestaltungskompetenz engagiert beteiligen. Der bloße Wettlauf

um die niedrigsten Kosten, der nicht selten zum Kampf um vorhandene Märkte mit Mitteln des sozialen und ökologischen Dumpings führt, ist ohne Zukunft. Sinnvoll ist demgegenüber ein zukunftsorientierter Innovationswettbewerb, der die Erschließung neuer Bedarfsfelder und Beschäftigungschancen mit Hilfe von Prozeß- und Produktinnovationen ins Zentrum rückt. Wir brauchen ein neues wachstumspolitisches Leitbild. Das rein quantitative Wachstumsmodell hat weltweit die Arbeitslosigkeit erhöht, die Einkommensunterschiede vertieft und den Raubbau an der Natur auf die Spitze getrieben. Wir sollten unsere gewerkschaftliche Phantasie und Kraft statt dessen für die Durchsetzung eines zukunftsorientierten Modells des qualitativen Wachstums einsetzen, das die Entfaltung der wirtschaftlichen Produktivkräfte mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und den Anschub demokratischer Reformen in Einklang bringt.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist in den letzten Jahren durch die Zuspitzung der weltwirtschaftlichen Krise, durch die von ihr ausgelöste tiefgreifende Rezession, verbunden mit dem rasanten Umbruch der Produktionsstrukturen und massiven dauerhaften Arbeitsplatzverlusten schweren Belastungen ausgesetzt. Der Tarifkonflikt hat sich insgesamt verschärft, die Grundlagen der Tarifpolitik werden in Frage gestellt. Auch unter den Bedingungen der Globalisierung setzen Tarifverträge Mindestbedingungen. Für die Fläche, in der diese Mindestbedingungen vereinbart sind, gelten sie für alle Arbeitnehmer - gleich welcher Nationalität, gleich welcher Herkunft.

Starke politische Kräfte in Deutschland ziehen daraus den Schluß, daß sich die Menschen an das Diktat der Weltmarktkonkurrenz anzupassen haben. Er kämpfte Rechte, Einkommen und soziale Sicherheit der Arbeitnehmer sollen preisgegeben werden. Der Arbeitsmarkt und die soziale Sicherheit sollen danach dem freien Spiel der Kräfte unterworfen werden. Sozialstaat und Tarifvertrag werden nach dieser Leseart zu einer Art „Wettbewerbsbarriere“. Soziale Leistungen werden abgebaut, Arbeitskosten gesenkt, der Tarifvertrag soll bestensfalls Empfehlungscharakter haben. Dieses Politikverständnis, das sich nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit durchzusetzen droht, stellt die Tarifpolitik vor dramatische Herausforderungen.

Mit der Durchlöcherung und Erosion des Tarifvertrages wird die Konkurrenz unter Arbeitnehmern verschärft. Die Verschärfung der Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander droht auch zu einem Markenzeichen der Europäischen Union zu werden. Im Rahmen der zunehmenden Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes geraten deutsche Sozialstandards unter Druck, vor allem die Lage und Dauer von Arbeitszeiten sowie die Löhne und Gehälter. Ich schließe nicht aus, daß sich bei verschiedenen Arbeitgebern das Leitbild einer Amerikanisierung der industriellen Beziehungen durchsetzt. Die Zerstörung des Regelungssystems ist ihre Antwort auf die Globalisierung. Über den Lohn soll letztlich aufgrund von Marktbedingungen direkt zwischen Arbeitgeber und Individuum paternalistisch entschieden werden. Dabei wären wir wieder in Zeiten des archaischen und

unzivilisierten Frühkapitalismus gelangt. Tarifpolitik als gesellschaftliches Instrument sollte die Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander mindern, wenn nicht ausschließen. Arbeit ist ein besonderes Gut, anders als Autos und Schweinehälften, Waschmittel und Werkzeugmaschinen. Löhne sind nicht nur Kosten, sie sind auch Einkommen, sie sind Grundlage der Lebensgestaltung der Menschen. Auch deshalb werden sie nicht direkt am Markt gebildet, sondern durch den Zusammenschluß der Arbeitnehmer verhandelt und vereinbart — ohne Marktbedingungen außer acht zu lassen.

Die jetzigen Möglichkeiten der Tarifpolitik beschränken sich auf den nationalen Bereich. Den Versuch des Sozialdumpings werden die Gewerkschaften in Europa aber auch durch konkrete tarifpolitische Absprachen begegnen müssen. Der Koordinierungs- und Kooperationsbedarf zwischen den Gewerkschaften auf der europäischen Ebene wächst. Die Europäische Union ist kein abstraktes Projekt mehr, sondern eine hochaktuelle politische Aufgabe. Über den Erfahrungsaustausch hinaus müssen wir zu verbindlichen Absprachen kommen. Ziel muß dabei sein, zunächst in Europa gemeinsam eine Abwärtsspirale wechselseitiger Unterbietung bei den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen mit allen Mitteln zu verhindern.

Ein Lehrstück hierbei demonstrieren die Arbeitgeberverbände gegenseitig in der Auseinandersetzung um das Entsendegesetz. Mit Brachialgewalt lehnt eine Arbeitgebermehrheit in der BDA die Allgemeinverbindlichkeit von Bautarifverträgen ab - gegen die Arbeitgeber von Bau und Handwerk. Unter Hinweis auf Wettbewerbserfordernisse werden wettbewerbsverzerrende Dumpinglöhne gerechtfertigt. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ wird dem einzelwirtschaftlichen Gewinninteresse geopfert. Mit Dumpinglöhnen soll die Lohnanpassung nach unten gefördert werden - eine Kampfansage an die Gewerkschaften und den Flächentarifvertrag.

Wir müssen berücksichtigen und anerkennen, daß die Strukturen, Traditionen und Durchsetzungsfähigkeit der europäischen Gewerkschaften sowie die ihnen rechtlich zugestandenen Instrumente unterschiedlich sind und sich nicht mittelfristig vereinheitlichen lassen. Auf Basis dieser uneinheitlichen Ausgangsbedingungen muß die IG Metall jede Chance nutzen, um zu einer länderübergreifenden Koordination bzw. zu Kollektivvereinbarungen über zentrale Forderungspunkte für nationale Verträge zu kommen. Wir wollen zu einer grenzüberschreitenden Vertragskultur kommen - auch über Fragen von Entgelt, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen hinaus. Arbeitsförderung und Qualifizierung können hierbei wichtige Regelungsbereiche sein.

Die IG Metall wird ihren Schwestergewerkschaften und den europäischen Gewerkschaftsbünden konkrete Arbeitsprogramme vorschlagen, die mit wechselseitiger Unterstützung verfolgt und national umgesetzt werden. Zum Beispiel soll der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) gemeinsame Kriterien für die Lohn- und Gehaltseinstufung entwickeln, die unabhängig von den unterschiedlichen nationalen Lohnniveaus europaweit gelten und

damit verlässliche Vergleiche ermöglichen und Annäherungen erleichtern. Unbeschadet des Vorranges regionaler Tarifverträge soll zudem in Kooperation mit den Euro-Betriebsräten eine weitere Konkretisierung und Angleichung der Arbeits- und Einkommensbedingungen vorangetrieben werden. Und in Regionen, in denen über nationale Grenzen hinweg Zusammenarbeit in interregionalen Ausschüssen entstanden ist und sich ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt herausgebildet hat, sollen transnationale Abkommen zur Angleichung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen entwickelt werden.

Internationalisierung der Gewerkschaftspolitik

Die IG Metall unterstützt die Positionen der UNO und der IAO, daß der Weltfrieden dauerhaft nur aus sozialer Gerechtigkeit erwachsen kann. Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Fortschritt, Freiheit und Frieden bedingen einander. Bedeutende Institutionen in der internationalen Wirtschaftspolitik, wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken, weisen bezüglich ihrer demokratischen Legitimation allerdings ein erhebliches Defizit auf. Sie tragen zur sozialen Ungleichheit entscheidend bei. Bei ihren Programmen zur Strukturanpassung sind in Zukunft die sozialen Auswirkungen vor allem in den ärmeren Entwicklungsländern von vornherein einzubeziehen.

Die IG Metall bekennt sich uneingeschränkt zur Internationalisierung der gewerkschaftlichen Arbeit. Arbeitslosigkeit und Marginalisierung sind nicht Folgen der ökonomischen Globalisierung, sie sind Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Zunehmende internationale Arbeitsteilung bietet bei sozialer und ökologischer Gestaltung den Arbeitnehmern mehr Chancen als Risiken. Der weltweite strukturelle Wandel macht Reformen der sozialen Regelungssysteme erforderlich, ohne daß deren Qualität im Kern in Frage gestellt werden muß.

Die Verteidigung gewerkschaftlicher Grundrechte, das Engagement für Sozial- und Ökokuauseln in der WHO, das Betreiben internationaler Verhaltenskodizes für Investoren unter allen politischen Rahmenbedingungen und die Stärkung gewerkschaftlicher und anderer politischer Akteure vor Ort stellen einen unauflöslchen Zusammenhang internationaler gewerkschaftlicher Arbeit dar.

Unsere Arbeit muß überall an den realen gewerkschaftlichen Bedingungen ansetzen. Sie kann nicht Wunschpartner von außen schaffen, noch auf solche warten. Mit dem Ende der Systemkonfrontation und der bipolaren Welt und der unaufhaltsamen Erosion des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) entfallen Vorbehalte gegen die Aufnahme eines bilateralen Dialogs mit Gewerkschaften, zu denen bisher zu Recht keine Beziehungen bestanden. Die Grundrechte unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften werden dabei voll gewahrt. Partner verdienen erst volle Anerkennung, wenn sie Menschenrechte und gewerkschaftliche Grund-

rechte, wie z. B. das Streikrecht, vorbehaltlos und erkennbar mit verteidigen. Grundwerte und Interessen müssen im Bewußtsein der Mitglieder miteinander verzahnt werden. Nur dies schafft die Basis für internationales Handeln und verbessert die Chancen für Bündnisse nationaler, regionaler und internationaler Art im Sinne von Ziel und Wertegemeinschaften.

Schwer überschaubare Risiken der wirtschaftlichen Globalisierung und hohe Verluste an Arbeitsplätzen überall erhöhen die Bereitschaft auch von Arbeitnehmern und ihrer Gewerkschaften, sich defensiv auf eine national verengte Sicht ihrer Interessen zu beschränken. Wir alle müssen uns gegen jeden Versuch des Rückfalls in nationalstaatliche Politikkonzepte zur Wehr setzen. Wer den Einigungsprozeß in Europa und die nach großen Problemen erreichten GATT-Vereinbarungen nicht gefährden will, der muß die aus der Globalisierung erwachsenden Anpassungserfordernisse aktiv gestalten.

Die Internationalisierung der Gewerkschaftspolitik steht vor den gleichen Fragen wie die Internationalisierung von Friedens-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Weitgehend auf das Konsensprinzip verpflichtet, sind verbindliche Positionen trotz zeitweilig unterschiedlicher Interessen in einem oft mühseligen und zeitintensiven Abstimmungsprozeß zu erarbeiten. Dazu gibt es allerdings keine Alternative. Bei scheinbar widerstreitenden Interessen- und Ausgangslagen müssen gemeinsame Grundwerte den Weg zum Konsens und zum konkreten Handeln ebnen.

Die IG Metall stellt nicht nur Erfahrungen und Kompetenzen für die Umsetzung des Aktionsprogramms des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) bereit, sondern auch beträchtliche finanzielle Ressourcen, um zur inhaltlichen Gestaltung und Profilierung des IMB-Kongresses in 2 Jahren beizutragen und breiteren Bündnismöglichkeiten in der zivilen Gesellschaft auch international den Weg zu ebnen. Insbesondere unterstützt sie die Schwerpunkte des Aktionsprogramms: die Verknüpfung der gewerkschaftlichen Grundrechte mit der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Stärkung gewerkschaftlicher und sozialer Akteure vor Ort. Die IG Metall unterstützt und gestaltet maßgeblich eine vorausschauende Weiterentwicklung der regionalen Strukturen des IMB mit, um sie auf Herausforderungen innerhalb der neuen Freihandelszonen, in regionalen Interessengemeinschaften und auf Standortkonflikte zwischen den Regionen besser einzustellen.

Der IMB kann nur so stark sein, wie die Mitgliedsverbände ihn machen. Die IG Metall betreibt daher wichtige bilaterale Projekte, um die Arbeit des IMB zu ergänzen und den Boden für ein multilaterales Engagement mit vorzubereiten. Die IG Metall wird die bilaterale Kooperation mit den Gewerkschaften in ausgewählten Schwellenländern Asiens ausbauen, damit systematische Verletzungen gewerkschaftlicher Grundrechte dort erfolgreicher bekämpft werden können. Sie wird mit den Gewerkschaften in China und Vietnam, die nicht dem IMB angehören, den Dialog unter Einbeziehung wei-

terer Organisationsebenen fortsetzen, um die Chancen einer echten gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu fördern. Die Kritik an Menschenrechtsverletzungen wird dabei keinem Partner erspart.

Gewerkschaften, die sich um die Organisierung deutscher Tochtergesellschaften bemühen, werden im Rahmen der Gegenseitigkeit, wie z. B. die amerikanischen Metallgewerkschaften, weiter unterstützt. Auch die Gewerkschaften, die sich in Ländern mit radikalen gesellschaftlichen Umbrüchen neu orientieren müssen, wie z. B. in Südafrika bzw. Mittel- und Osteuropa, können weiter mit Rat und Erfahrung der IG Metall rechnen.

Die Menschen hatten nach der Konferenz von Maastricht eine zügige Weiterentwicklung des sozialen Europa erwartet, damit es weltweit Zeichen setzen kann gegen Sozialdumping und Verdrängungswettbewerb. Tatsächlich trat bei den sozialen Grundrechten weitgehend Stillstand ein, insbesondere bei den kollektiven Grundrechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das europäische Sozialmodell beruht auf Grundwerten, die europäischer Tradition entsprangen, von ihnen getragen werden und über Europa hinaus Bedeutung gewonnen haben und gewinnen. Nur europäischer Kleinmut könnte diese Universalität wieder preisgeben; nicht nur den Interessen der Menschen in der Gemeinschaft würde das Schaden zufügen - es würden die Hoffnung von Millionen in der Welt auf Demokratie, Menschenrechte, soziale Grundrechte und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen betrogen.

Die IG Metall setzt große Hoffnung auf die Regierungskonferenz 1996 (Maastricht II). Wir gehen davon aus, daß es gelingt, Voraussetzungen zu erarbeiten, um den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhalt in Europa weiter zu stärken. Der europäische Einigungsprozeß muß auf eine neue Stufe gestellt werden. Er muß unumkehrbar sein. Beteiligung, Transparenz und Vereinfachung sind zu gewährleisten und die Demokratisierung der europäischen Institutionen durch Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments im Sinne von Mitentscheidungen bei den Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen. Dem Aufbau und der Weiterentwicklung der solidarischen Sozialunion „Europa“ ist höchste Bedeutung zuzumessen. Mit der Vollendung des Binnenmarktes bei Anerkennung des bereits Erreichten, z. B. bei Arbeits- und Gesundheitsschutz, muß endlich auch der Rückstand bei den sozialen Grundrechten abgebaut werden.

Der Verabschiedung der Richtlinie über die europäischen Betriebsräte muß ein überzeugendes Engagement der EU bei der Umsetzung folgen. Dem Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ als weitsichtigem Projekt sind Instrumente zur Umsetzung an die Seite zu stellen, die den Namen „europäische Beschäftigungspolitik“ verdienen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte, Einkommensenkungen und den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten sowie ökologischen Standards lehnt die IG Metall als falschen, weil krisenverschärfenden Weg ab.

Die Institutionen der Europäischen Union beziehen die sozialen Akteure in den europäischen Entwicklungsprozeß ein. Die IG Metall verpflichtet sich zur engagierten Teilhabe an der weltweiten Vertretung des Wirtschafts- und Sozialmodells Europa mitzuarbeiten und stellt ihre Europaarbeit auf ein breiteres Fundament in der Organisation. Die IG Metall betreibt die Straffung der Strukturen des IMB, ebenso wie die Einbindung gewählter Funktionäre in die laufende Interessenvertretung des IMB.

Die IG Metall begrüßt, daß die EU auf vielen Ebenen einen wegweisenden Dialog mit den Ländern Mittel- und Osteuropas über ihren Zugang zur EU-Mitgliedschaft führt und dabei auch die Gewerkschaften einbezieht und unterstützt. Die IG Metall verkörpert in besonderem Maße Größe und Durchsetzungsmacht bei erschwerten Umfeldbedingungen. Sie verkörpert gewerkschaftliche Unabhängigkeit und ist daher besonders in der Lage, die gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften in Europa und über Europa hinaus zu vertreten. Sie verfügt mit über das größte Potential an fachlicher Kompetenz und Expertise, gewerkschaftliche Gestaltungsmacht zu entwickeln. Daraus erwachsen internationale Verpflichtungen, die nur zu leisten sind, wenn sie von der Organisation mitgetragen werden. Internationalisierung bedeutet vor allem qualitative Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Arbeit durch verstärktes Denken in internationalen Zusammenhängen, mehr Wissen über unterschiedliche Strukturen, Bedingungen und inhaltliche Konzeptionen gewerkschaftlicher Arbeit, mehr sprachliche Kommunikationsfähigkeit über Grenzen hinweg. Allerdings dürfen wir uns keinen falschen Hoffnungen auf quantitative personelle Erweiterung vor dem Hintergrund sinkender Mitgliederzahlen machen.

Ausblick

Globalisierung ist auch unter gewerkschaftlichen Maßstäben nicht nur ein Risiko - Globalisierung ist auch Chance. Globalisierung schafft Chancen, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Standards, ökologische Normen zu universalisieren. Dies geht nicht schlagartig - Globalisierung setzt schrittweise Entwicklung nicht außer Kraft - sondern Globalisierung macht schrittweise Entwicklung unter spezifischen lokalen und regionalen Bedingungen erforderlich. Globalisierung muß dazu beitragen, Normen, Regeln, Bedingungen im Bereich der Arbeitsqualität, der Entlohnung und der Verteilung, der ökologischen Verträglichkeit und des nachhaltigen Wachstums zu universalisieren. Globalisierung muß zu einer Voraussetzung werden, die Standards zu verbessern, nicht sie zu verschlechtern. Dabei ist es eine Verpflichtung fortgeschrittener Industriegesellschaften, Vorreiter bei sozialen und ökologischen Standards zu sein. Hier sind Löhne, soziale Sicherungssysteme und ökologische Standards erforderlich, die den Weg zu einem nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Wachstums- und Wohlstandsmodell zeigen.

Gewerkschaften können ihren Teil zur Herausbildung eines solchen Entwicklungspfades unter den Bedingungen der Globalisierung beitragen:

- Unter den Bedingungen der Globalisierung dürfen entwickelte Industriegesellschaften keine Vorteile in der Wettbewerbsposition durch Senkung von Arbeitskosten, Einschränkung von Sozialleistungen, Absenkung von Umweltnormen anstreben und durchsetzen.
- Es ist ein legitimer wettbewerbspolitischer Vorteil, wenn im Rahmen geregelter Arbeitsbeziehungen nach der Durchsetzung von sozialen Mindeststandards und ökologischen Grundnormen die relativen Kostenvorteile zu verbessertem Marktzugang und Marktbedingungen auch in Industriegesellschaften führen.
- Die Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Industriegesellschaften liegt vorrangig in der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen.
- Es bedarf koordinierter Anstrengungen, insbesondere der Gewerkschaften, aber auch der Regierungen und internationalen Institutionen, daß Sozialstaat, Gewerkschaften und Umweltnormen in den weniger stark entwickelten Gesellschaften planmäßig und systematisch aufgebaut werden.
- Auf internationaler Ebene muß ein periodisch überprüftes System von Sozial- und Ökoklauseln auf den Weg gebracht werden. Und damit darf kein System des Protektionismus errichtet werden; Anpassungs Nachteile müssen durch direkte Transfers ausgeglichen werden.
- Auch unter den Bedingungen der Globalisierung müssen Gewerkschaften den Tarifvertrag als Mindestnorm durchsetzen. Dies setzt voraus, daß der Tarifvertrag durchgreifend modernisiert wird — beispielsweise durch die Öffnung von Wahloptionen im Tarifvertrag. Unterbietungskonkurrenz muß wirksam bekämpft und ausgeschlossen werden.
- Der Ausbau von betrieblichen und unternehmensbezogenen Interessenvertretungen in transnationalen Unternehmen muß verstärkt werden. Dem Euro-Betriebsrat müssen auf amerikanischer und asiatischer Ebene ähnliche Strukturen folgen; globale Ausschüsse der Arbeitnehmer müssen vorbereitet und durchgesetzt werden.
- Wir brauchen dringend eine Stärkung der internationalen Gewerkschaftsstrukturen - parallel zu einer Stärkung der gewerkschaftlichen Verankerung in den Nationalstaaten.
- Gemeinsam mit den internationalen Organisationen müssen die Gewerkschaften eine Initiative für gemeinsame Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards eröffnen, die in Grundstrukturen einer neuen Weltwirtschaftsordnung eingebunden werden.

Auf dieser Grundlage kann der Standort Deutschland ein starker Arbeits- und Lebensstandort bleiben. Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Leistungsfähigkeit verbindet sich jedoch mit konkreter Unterstützung einer Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen in globaler Perspektive. Dabei ist daran zu erinnern, was eigentlich selbstverständlich ist: Gewerkschaften sind im Vergleich zu den Kapitalbewegungen und zu den Entscheidungen der Regierung die schwächsten Glieder im globalisierten Regulationsprozeß. Ihre politische und moralische Legitimation liegt in ihrem Selbstverständnis: Sie vertreten die sozialen Interessen der Menschen.